

Mit Bundesgeld gegen Rechts

Kreisweite Initiative „Gewalt geht nicht“ hofft auf finanzielle Förderung aus Berlin

VON MARKUS BERGER

SCHWALM-EDER. Der Landkreis macht mobil gegen rechtsextreme Gewalt und Rassismus. Dafür steht das Projekt „Gewalt geht nicht“, das der Kreisausschuss 2008 ins Leben gerufen hat. Mit Fördergeld des Bundes möchte Projektleiter Stephan Bürger vom Fachbereich Jugend und Familie die Beratungs- und Vorbeugungsarbeit vorantreiben.

Im Rahmen der deutschlandweiten Aktion „Vielfalt tut gut“ vergibt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die nächsten Jahre Fördersummen von bis zu 100 000 Euro. Deshalb hatte Bürger zu einer Netzwerkkonferenz nach Felsberg eingeladen, an der sich etwa 50 Sozialarbeiter und -pädagogen, Vertreter von Polizei, Feuerwehr, Kirchen, Schulen und Vereinen aus dem ganzen Landkreis beteiligten.

„Gemeinsam haben wir überlegt, welche Projekte zur Gewalt- und Rassismusprävention möglicherweise mit Fördergeld umgesetzt werden können“, sagte Stephan Bür-



Setzen sich ein gegen Gewalt und Rassismus: Projektleiter Stephan Bürger (links) vom Schwalm-Eder-Kreis und Coach Norbert Poppe aus Berlin.

Foto: M. Berger

ger im Gespräch mit der HNA. In acht Arbeitsgruppen wurden Ideen gesammelt für Kulturaktionen im öffentlichen Raum, für Geschichts- und Gedenkstättenarbeit sowie für die gezielte Arbeit mit rechts orientierten Jugendlichen.

Netzwerk im Kreis wächst

„Wir kommen nur in der Kooperation an die Jugendlichen heran“, meinte Bürger. Daher richte sich alles, was

künftig unter der Flagge „Vielfalt tut gut“ an Vorbeugungsaktivitäten geplant werden soll, auch an Erwachsene: „Wir brauchen Partner aus den Vereinen und den Jugendpflegeinstitutionen, um unsere Zielgruppe zu erreichen“, sagte Bürger. Vor diesem Hintergrund habe das kreisweite Treffen vor allem auch dem Kennenlernen gedient: „Damit sich die Leute schon einmal gesehen haben, bevor sie

nachher zusammen arbeiten.“

Betreut wird das Ganze von Norbert Poppe, der im Auftrag des Bundesministeriums die Arbeit am lokalen Aktionsplan für den Schwalm-Eder-Kreis begleitet. „Gemeinsam wollen wir möglichst viele Jugendliche mit unserem Programm ansprechen.“

Das sei am ehesten umsetzbar bei solchen jungen Menschen, die noch nicht allzu tief in der rechten Szene verwurzelt sind, sondern bislang eher zu deren Sympathisanten zählen, sagte Poppe. „Diese Jugendlichen können wir nur mit gezielter Aufklärung davon überzeugen, rechtem Gedankengut den Rücken zu kehren.“

Daran wollen die Netzwerker auf kreisweiter Ebene weiterarbeiten. Aus den gesammelten Ideen der Konferenz will Bürger nun ein Konzept erstellen, das zusammen mit dem Fördergeldantrag in Berlin eingereicht werden soll.

Im Januar soll dann feststehen, ob die Initiative „Gewalt geht nicht“ im Schwalm-Eder-Kreis mit Bundesgeld gefördert wird.